

*Karl Möckl*

## Prinzregent Luitpold von Bayern (1886–1912)

Die Prinzregentenzeit trägt den Charakter einer Spätzeit. Die Zeichen des Aufbruchs und des Niedergangs, der Buße und der Sünde werden durch die Stimmungslage der Jahrhundertwende als ein göttliches Zeitalter, in dem die Eule der Minerva ungestört ihre Kreise ziehen kann, oder als Epoche der Decadence gedeutet, in der der Weg in den Selbstmord als der gerechte erscheint. Die Extreme berühren sich und der ruhig dahinfließende Strom der Ereignisse überdeckt nur das Grollen aus der Tiefe, das Grollen von Weltkrieg und Revolution.

Wollte man die Prinzregentenzeit allein mit dem Stigma der guten alten Zeit sehen, würde man in der Verengung des Blickes weder der Epoche noch dem Regenten Bayerns, dem Prinzen Luitpold gerecht. Sein Leben reicht bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts zurück. Es genügt nicht nur, das von ihm Gestaltete anzusprechen, sondern es gilt, seine Regentschaft im Spannungsfeld einer Zeit des Umbruchs zu betrachten.

### *I. Nachgeborener Prinz, Offizier, erste politische Aufgaben (sein Leben bis 1886)*

Luitpold wurde als der dritte Sohn des Kronprinzen Ludwig, des späteren Königs von Bayern, am 12. März 1821 in Würzburg geboren. Bei der Taufe im Weißen Saal der Residenz dachte niemand daran, daß dieser Prinz einmal die Regentschaft in Bayern und diese erst mit 65 Jahren übernehmen würde. Traditionell wuchs der Junge bis zum siebten Jahr in der Familie unter der Obhut Antonies von Taeuffenbach auf. Sie entstammte einer bürgerlich-adeligen Familie, die mit Max IV. (I.) Joseph nach München gekommen war. Die folgenden Erzieher waren alle Offiziere, herausragend der verständige Adolph von Hagens, der auch ein guter Mathematiker war. Die militärische Laufbahn war für den Prinzen vorgezeichnet. Seine allgemeine Schulbildung und religiöse Formung erhielt er vor allem von dem Naturphilosophen Gotthelf Heinrich Schubert, von Sailer-Schüler Pfarrer Georg Oettl, der später Bischof von Eichstätt werden sollte, von dem Germanisten und Turner Hans Ferdinand Maßmann und von dem Maler und Zeichner Domenico Quaglio. Da der Junge besonderes Talent für praktische Mathematik und Zeichnen zeigte, eine robuste Gesundheit hatte und eine wahre Begeisterung für alle sportlichen Betätigungen an den Tag legte, folgte Ludwig I. der Empfehlung von Hagens' und bestimmte Luitpold für den Dienst bei der Artillerie. An seinem siebten Geburtstag wurde er von der Münchener Landwehrartillerie zum

Hauptmann gewählt, mit vierzehn erhielt er das Hauptmannspatent und mit achtzehn das Kommando des Ersten Bayerischen Artillerieregiments. Er erklomm die Leiter der militärischen Laufbahn bis zum Generalinspekteur des bayerischen Heeres. Die Artillerie war keine von Adeligen bevorzugte Waffengattung. Hier traf er im Laufe seiner Karriere auf viele bürgerliche Offiziere und knüpfte Freundschaften fürs Leben, so auch mit dem Schneidersohn Peter Wiedenmann, der es bis zum General und Chef der Geheimkanzlei brachte, in den erblichen Freiherrnstand erhoben wurde und als einer der ganz wenigen den Prinzen duzen durfte. Diese persönliche Beziehung zum Bürgerlichen und der sich damit verbindende Habitus, ebenso die Naturverbundenheit, Sportlichkeit und Jagdleidenschaft prägten das Bild Luitpolds bis zu seinem Tod.

Am 8. Januar 1840 wurde der Prinz, nachdem er volljährig geworden war, in die Kammer der Reichsräte eingeführt. Auf einer seiner Reisen, die er in Europa, Afrika und dem Orient unternahm, lernte er in Neapel die schöne und kluge, wenn auch kränkliche, aber dennoch mit Energie und Herrscherbewußtsein erfüllte Erzherzogin Auguste Ferdinande, Tochter des Großherzogs Leopold II. von Toskana, kennen und lieben. Die Hochzeit am 15. April 1844 in Florenz brachte dem Prinzen neue Erfahrungen. Schon vor der Eheschließung verzichtete er darauf, seinem Bruder auf den griechischen Thron zu folgen, da Auguste nicht bereit war, ihre Kinder im griechisch-orthodoxen Glauben erziehen zu lassen. Sie beeinflusste ihren Mann für die damalige Zeit in ungewöhnlicher Weise, drängte ihn zu Kontakten mit Künstlern und Wissenschaftlern, entwickelte politischen Ehrgeiz. So berichtet der Hofbeamte Pfistermeister bei der Geburt des Kronprinzen Ludwig, des späteren Königs Ludwig II., daß Auguste ihren vorher zur Welt gekommenen Erstgeborenen aus der Wiege hob und ihn wieder zurücklegte mit den Worten: „So, Ludwig, bisher warst du etwas, jetzt bist du nichts mehr!“

Das Forum der politischen Tätigkeit Luitpolds in den 40er und 50er Jahren war nicht nur der Staatsrat und der Reichsrat, in dem er eines der engagiertesten Mitglieder wurde, sondern eine breitere Öffentlichkeit. Bei den konfessionspolitischen Auseinandersetzungen der Jahre 1845 und 1846, so um Fragen des Religionswechsels Minderjähriger, des sogenannten Kniebeugeerlasses oder der Rückberufung des Jesuitenordens, vertrat Luitpold eine gemäßigte, auch die Interessen der Protestanten berücksichtigende Politik. Die engen Bindungen des Prinzen an die katholische Konfession waren bekannt, und es erregte Erstaunen, daß er der Politik des Minister Abel widersprach und dabei auch Auseinandersetzungen mit seinem Vater Ludwig I. nicht scheute. Daraus liberale Neigungen Luitpolds ableiten zu wollen, würde zu weit gehen. Ihm ging es um die Wahrung der traditionellen Staatskirchenpolitik der Wittelsbacher. Wesentlich war für ihn, im Unterschied zu seinem Vater, der mit Hilfe der katholischen Konfession die Gesellschaft zu disziplinieren gedachte, die Ausübung von Herrschaftsrechten über die Kirchen. Demgegenüber hatten konfessionelle Bestrebungen und klerikale Interessen zurückzutreten. Persönliche Frömmigkeit und katholische Religiosität

als Lebensprinzip sollten davon nicht berührt werden. Ob die Haltung Ludwigs oder jene seines Sohnes zeitgemäßer war, mag dahingestellt bleiben; jedenfalls stieg die Popularität des Prinzen in der kritischen Zeit der Revolution von 1848 beträchtlich. Vielfach sah man in ihm als Regenten Bayerns die bessere Alternative zu Kronprinz Maximilian. Während der Februar/März-Ereignisse wuchs die politische Bedeutung Luitpolds und seiner Frau. Der Prinz trat demonstrativ gegen Lola Montez und seinen Vater auf die Seite der Königin Therese, bemühte sich zwischen König und den Bürgern Münchens zu vermitteln und unterstützte die liberal-konservative Politik des Präsidenten der Kammer der Reichsräte, des Fürsten Karl von Leiningen. Auguste zeigte ihre aktive Rolle, indem sie mit einem Kniefall vor dem Monarchen dem Magistrat der Stadt Gehör zu verschaffen suchte. Das Ehepaar galt als Mittler zwischen König und Volk und empfing Huldigungen. Aber Luitpold ließ sich nicht in Versuchung führen. Die Verfassungsordnung und die dynastische Legitimität stellte er über alles. Nach beidem fiel der Thron bei seiner Erledigung dem Erstgeborenen zu und dies war der Kronprinz. Zu ihm verhielt er sich stets loyal.

Als Ludwig I. abdankte und Maximilian den Thron bestieg, fand der König beständig die Unterstützung des Prinzen, und er hatte sie nötig. Max II. war nicht gesund, litt periodisch unter starken Kopfschmerzen und war aus Gründen der Erholung häufig von München abwesend. Seit 1853 tauchten von Zeit zu Zeit wieder Gerüchte von einer Regentschaft Luitpolds auf. Dazu kam es aber nicht, obwohl der Prinz den Monarchen immer häufiger vertrat, was ihm auch politisch leicht fiel, da er mit dessen großdeutschen Neigungen in der Triaspolitik übereinstimmte. Gesellschaftlich zeigte Max eine eher bürgerliche Attitüde, wohingegen die Familie Luitpold die Tradition der Hofgesellschaft pflegte. Familienleben und Kindererziehung – drei Söhne und eine Tochter wurden zwischen 1845 und 1852 geboren – waren vorbildlich, die materiellen Verhältnisse eher bescheiden. Für die Luitpolds erwarben Vater Ludwig (I.) und die Geschwister Carl und Charlotte nach dem Tode der Herzogin Auguste von Leuchtenberg 1854 deren Palais, das nun zum Palais Luitpold wurde. Den Sommer verbrachte die Familie an der bayerischen Riviera, in der Villa Am See bei Lindau am Bodensee.

Auguste starb am 26. April 1864. Durch ihren Tod verlor Luitpold mehr als nur die treue Ehefrau. Im selben Jahr starb König Max II. und Ludwig bestieg den Thron. Mit dem neuen König Ludwig II. verband Luitpold nichts. Der Monarch inszenierte sein Königtum; dabei waren für die Mitglieder der Hofgesellschaft nur Rollen als Statisten vorgesehen. Die Königliche Familie unter der Führung Luitpolds wollte sich damit nicht zufrieden geben. Das Verhältnis zum König blieb gespannt und war denkbar schlecht. Berater des Monarchen wurden Männer, die bereits Max II. herangezogen hatte. Sie verfolgten mit nationalliberaler Gesinnung eine kleindeutsche Politik und besetzten nach und nach die wichtigen Positionen im Kabinettssekretariat, Gesamtstaatsministerium und in hoher Beamtschaft. Bayern kämpfte zwar im Deutschen Krieg von 1866 noch auf österreichischer Seite,

Prinz Luitpold und sein Sohn Ludwig, der verwundet wurde, nahmen aktiv daran teil, aber die Änderung der politischen Richtung konnten sie nicht verhindern. Das großdeutsch orientierte Ministerium von der Pfordten wurde abgelöst und der kleindeutsch ausgerichtete Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst zum Minister des Königlichen Hauses und des Äußeren berufen. Der Abschluß des Schutz- und Trutzbündnisses mit Preußen bedeutete eine wichtige Vorentscheidung für die kleindeutsche Staatsgründung von 1870/71. Luitpold widmete sich intensiv seinem Beruf als Soldat und beschränkte sich auf reine Repräsentationspflichten, soweit sie ihm der scheue König übertrug.

Neue Perspektiven eröffneten sich, als 1868 sein erstgeborener Sohn Ludwig Erzherzogin Maria Therese von Österreich-Este heiratete und 1869 Stammhalter Prinz Rupprecht geboren wurde. In Hofkreisen bestand kein Zweifel, dies war der Thronfolger. Die Verlobung Ludwigs II. mit Herzogin Sophie hatte sich aufgelöst. Man glaubte weder an eine Verheiratung des Königs noch an eine solche seines Bruders Otto. Rupprecht wurde als Kronprinz erzogen und sorgsam auf seinen künftigen Herrscherberuf vorbereitet. Die Vorsehung sollte 1918 eine andere Entscheidung treffen.

Das politische Gewicht Luitpolds verstärkte sich damit nicht. Als unter seiner maßgeblichen Beteiligung im Winter 1869/70 die Kammer der Reichsräte mit einem Mißtrauensvotum das Ministerium Hohenlohe stürzen wollte, lehnte der König dieses Ansinnen nicht nur ab, sondern beschied die Prinzen, bis auf weiteres bei Hofe nicht mehr zu erscheinen. Luitpold nahm am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 teil, suchte über seinen Schwager Erzherzog Albrecht für eine offene Politik gegenüber Österreich zu werben, aber ohne Erfolg. Die Gründung des Deutschen Reiches unter preußischer Führung und der Eintritt Bayerns in dieses Reich waren nicht mehr aufzuhalten.

Luitpold fügte sich, aber nicht, weil er seine großdeutsche Gesinnung aufgeben hätte. Das Interesse seiner eigenen Familie stand für ihn höher als politischer Ehrgeiz. Die Dynastie der Wittelsbacher konnte gut in einem föderativ in Deutschland eingebundenen Bayern herrschen.

Luitpold geriet dennoch in den Ruf eines Ultramontanen und Großdeutschen. Er mochte auch im Zeichen des Kulturkampfes und im Zeichen der Umformung des Bismarckschen Reiches in ein preußisch-deutsches Reich unter Kaiser Wilhelm II. weder seine religiöse Überzeugung noch seine Liebe zum großdeutschen Reichsgedanken verleugnen. Der Prinz schwieg, aber seine noble Haltung war der draufgängerischen Generation von Politikern im Stile eines Freiherrn von Werthern oder Philipp Eulenburg Ärgernis genug. Die Einheit des Deutschen Reiches stellte Luitpold auch als Prinzregent nie in Frage.



## *II. Die Regentschaft 1886*

Das große Spiel begann 1884 und endete 1886. Die Hauptbeteiligten waren das Gesamtstaatsministerium, Prinz Luitpold und die Öffentlichkeit. Die Rolle des Landtags war eher passiv. Wirklich Einfluß nahm er nicht. Die treibende Kraft war der erfahrene, politisch kluge und kompetente Minister Johann von Lutz, der starke Mann im Kabinett. Er und seine Kollegen hatten bisher ein bequemes Amt. König Ludwig II. ging ganz in seinem Traumkönigtum auf; tatsächlich regiert haben die Minister und die Mittlerinstanz, das Kabinettssekretariat.

1884 wurden die Verhältnisse unhaltbar. Die Bauleidenschaft des Monarchen verschlang immer mehr Geld. Die Beschaffung dieser Summen wurde ständig schwieriger. Bedeutsamer war, daß der König durch seine fortschreitende Krankheit zu sprunghaften Handlungen und wenig kontrollierbaren Entscheidungen neigte. Ein Regierungswechsel war nicht mehr auszuschließen. Diese Gefährdung der Macht vor allem zwang Lutz zum Handeln. Es galt, den nicht mehr berechenbaren Ludwig II. durch den Prinzen Luitpold auszutauschen. Die theoretische Rechtfertigung dieses Vorgehens lieferte der bayerische Staatsrechtslehrer Max Seydel. Für den Fall der hier vorliegenden außerordentlichen Regentschaft sei nicht das monarchisch-dynastische Prinzip, sondern das Staatsprinzip verbindlich. Die Handelnden seien allein der nächste Agnat, also Prinz Luitpold, und das Gesamtstaatsministerium, da es die Aufgabe habe, dem Landtag die Gründe der Regierungsunfähigkeit des amtierenden Königs anzuzeigen. Dieses Gutachten war nach dem Geschmack des Ministers von Lutz. Der Familienrat des königlichen Hauses war verfassungsrechtlich nicht mehr beteiligt, auch die Mitwirkung des Landtages von vorneherein ausgeschlossen. Er hatte nur noch über vollendete Tatsachen, nämlich die Verhinderungsursachen, zu beraten. Die Regeln waren festgelegt.

Handeln mußte als erster Prinz Luitpold. Es war nicht leicht, ihn zu bewegen. Der vornehme Aristokrat war so ziemlich das Gegenteil des Aufsteigers Lutz. Der überzeugte Protestant aus dem unterfränkischen Münnerstadt dachte und handelte konsequent kleindeutsch und war ein unversöhnlicher Kulturkämpfer. Luitpold hatte einen ausgeprägten Sinn für dynastische Legitimität und für die Würde des Monarchen. Diese gedachte er, bei allen Schwierigkeiten mit Ludwig II., nicht anzutasten. Außerdem war es den Ministern und dem Kabinettssekretariat vortrefflich gelungen, den König von den Einflüssen der Familie fernzuhalten, was bei der Veranlagung des Monarchen nicht schwer war. Dem intelligenten und willensstarken Lutz entging Luitpold nicht. Seit 1884 suchte er mit dem Prinzen einen Ausgleich. Der enge Freund des Regenten, der Erzgießer Ferdinand von Miller, war eine der Kontaktpersonen. Ihm gegenüber gab Luitpold, ohne es zu wissen, das Stichwort, indem er sagte, daß er die Regentschaft nicht übernehmen werde, „bis nicht von allen Ärzten die Krankheit (des Königs, der Verf.) genau festgestellt ist“. Der Nachweis gelang mit Hilfe der Öffentlichkeit als drittem

Partner im Spiel. In vielen Zeitungen, vor allem außerhalb Bayerns, tauchten verstärkt Nachrichten über die Eigenheiten Ludwigs II. auf. Gleichzeitig wurde über das Hofsekretariat eine Ausgabensperre verhängt, in verschiedenen scharfen Eingaben an den König der Ernst der Lage dargestellt und auf das Damoklesschwert drohender Klagen von Gläubigern verwiesen. Der sich verstärkende Druck kam für Ludwig II. plötzlich, und er konnte ihn bei seinem Gesundheitszustand kaum aushalten. Bei der Eskalation der Verhältnisse dienten vor allem die unüberlegten Handlungen des Monarchen Medizinaldirektor von Gudden als Beleg einer unheilbaren Geisteskrankheit, eine Ferndiagnose, die man ohne die Verschärfung der Lage schon vorher hätte treffen können. Prinz Luitpold aber hatte das Argument, und er war dem Ministerium gegenüber im Wort.

Die außerordentliche Regentschaft war nur eine Möglichkeit, auch Abdankung, Regierungswechsel oder Regelung der Angelegenheit durch eine Vorlage im Landtag wären durchaus gangbare Wege gewesen. Die mächtige Patriotenpartei bot Ludwig II. dreißig Millionen Mark zur Versüßung des Thronverzichts. Kein Geringerer als Reichskanzler Bismarck schlug eine Vorlage an die Kammer der Abgeordneten vor, zur Beratung der Probleme des Königs, um von der Volksvertretung gegebenenfalls den Anstoß zur Regentschaft geben zu lassen. Für einen Regierungswechsel hatten sich schon der Präsident der Kammer der Reichsräte, Freiherr Arbogast von und zu Franckenstein, und der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Hugo Lerchenfeld, ins Gespräch gebracht.

Alle diese Versuche waren erfolglos. Minister Lutz verstand es, den Prinzen persönlich zu gewinnen. Erleichtert wurde dieser Schritt von Seiten Luitpolds durch den drohenden finanziellen Ruin des königlichen Hauses und durch die beide verbindende große Jagdleidenschaft. Die Einflüsse Bismarcks konnten der preußische Gesandte Georg Freiherr von Werthern-Beichlingen und sein Gesandtschaftssekretär Philipp Graf Eulenburg-Hertefeld abwehren. Beide verbündeten sich gegen den Reichskanzler mit dem bayerischen Ministerium. Mit ihrer Hilfe gelang es den Ministern Lutz und Krafft Freiherr von Crailsheim, Lerchenfeld auszuschalten. Bis zuletzt ließen sie ihn in dem Glauben, daß sie die Regentschaft mit einem Rücktrittsgesuch einleiten würden, taten dies aber in letzter Minute nicht und versicherten sich im Gegenteil des Wohlwollens des Prinzen Luitpold und der Beibehaltung des bestehenden Ministeriums. Eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit und Einflußnahme auf einige Abgeordnete der Patriotenpartei erweckten den Eindruck, als ob die Opposition gespalten sei.

Prinz Luitpold verkündete am 10. Juni 1886 die Regentschaft. Der Tod Ludwigs II. am 13. Juni war von den Beteiligten nicht beabsichtigt, konnte aber bei Kenntnis der Verhältnisse vor der Krise auch nicht ausgeschlossen werden. Der Landtag sanktionierte das Vorgehen des Ministeriums Ende Juni 1886. Der letzte Vorhang fiel, als der Regent am 5. Juli spät nachmittags das Rücktrittsgesuch des Gesamtstaatsministeriums erhielt und Minister Lutz am nächsten Tag morgens bereits die Ablehnung vorlag.

Die Regierungspolitik war auf ganzer Linie erfolgreich. Die Lage des Ministeriums verbesserte sich nach dem Tode Ludwigs noch, da die Regentschaft für den geisteskranken König Otto außer Zweifel stand. Prinz Luitpold konnte kein starker Regent sein, schon aufgrund seiner verfassungsrechtlichen Stellung nicht. Der Regentschaftsrat mußte in allen wichtigen Angelegenheiten herangezogen werden, und Regentschaftsrat war das Gesamtstaatsministerium. Die Verfügungsrechte über das Familienvermögen und über die Zivilliste, die Dotation des Monarchen aus dem Staatshaushalt in einer Höhe von 4,2 Millionen Mark, standen den zwei Kuratoren des kranken Königs zu. Sie mußte Luitpold bei allen vermögensrechtlichen Entscheidungen zu Rate ziehen. Uneingeschränkt verfügen konnte er nur über eine Sonderdotation, seine Apanage und einen Aversalbeitrag, zusammen etwa 650 000 Mark. Während der Regentschaft durften keine Krongüter veräußert und keine neuen Ämter eingeführt werden. Die Verfassung von 1818 schrieb weiter vor, alle erledigten Ämter, mit Ausnahme der Justizstellen, nur provisorisch zu besetzen. Bei langanhaltender Regentschaft konnten diese Bestimmungen erhebliche Probleme verursachen und Unsicherheiten gerade in der führenden Beamenschaft hervorrufen, zumal für die Zeit der Reichsverwesung eine Verfassungsänderung nicht möglich war. Man umging diese Vorschrift durch das Mittel der sogenannten „authentischen Interpretation“. Der Schüler Seydels, der Staatsrechtler Robert Piloty, gab 1913 unumwunden zu: „Sachlich enthält das Gesetz . . . keine Erläuterung, sondern eine inhaltliche Änderung der Verfassung.“ Der Weg des Formelkompromisses wurde auch beschritten, da im Landtag keine verfassungsändernde Mehrheit zu erlangen war. So ermöglichte die „authentische Interpretation“ die Änderung der Verfassung und dies noch mit einfacher Mehrheit im Landtag.

Das unter Ludwig II. allmächtige Kabinettssekretariat wurde abgeschafft und die Geheimkanzlei des Prinzregenten Luitpold etabliert. Sie bildete das Bindeglied zwischen Ministerium und Regenten, die personelle Ausstattung war gut. Die Chefs waren persönliche Freunde Luitpolds. Sie unterstützten im großen und ganzen die Politik des Ministeriums und knüpften personelle Verbindungen zur Vermögensverwaltung des Prinzregenten Luitpold und des Königs Otto, Tätigkeiten, die früher das Hofsekretariat ausgeübt hatte. Die Geheimkanzlei konnte das Gewicht einer Nebenregierung bekommen. Die ersten Chefs, Ignaz Freyschlag von Freyenstein und Friedrich Freiherr von Zoller, harmonisierten mit dem Ministerium. Peter von Wiedenmann ging in der späteren Prinzregentenzeit vielfach eigene Wege und wurde zum bestgehaßten Mann in der Umgebung des Regenten.

Unter diesen erschwerten Daseinsbedingungen ist es schwer verständlich, warum Luitpold nicht die zahlreichen Anregungen aufgenommen hat, selbst König zu werden. Sein Sohn Ludwig hat es dann 1913 getan, obwohl man ihm dieses Recht weniger zugestand als seinem Vater. Man hat diese Haltung Luitpolds durchwegs als eine besondere Verfassungstreue interpretiert. Die Wirklichkeit zeigt, daß es seine Minister mit den Bestimmungen der Verfassung nicht so genau nahmen.

Luitpold selbst konnte dies erkennen und mußte sich an eine Verfassung, wie sie ohnehin nicht mehr im ursprünglichen Sinne galt, nicht stärker gebunden fühlen als seine Minister und die herrschende Staatsrechtslehre. Was war also der Grund? Einerseits gingen für den Prinzen vielleicht oft gehegte Erwartungen in Erfüllung, andererseits wurde er von jenen Kräften abhängig, mit denen er sich bisher nie gemein gemacht hatte. Er nahm den Schatten des Ohm Gloster in Kauf und wurde ihn ein Leben lang nicht los. Sein Schicksal verband sich mit dem Unglück Ludwigs. Es ging weniger um die öffentliche Meinung und die Hochachtung, die man ihm allseits entgegenbrachte. Große Zurückhaltung begleitete sein Tun in den entscheidenden Jahren, eine Vorsicht, die den Tod Ludwigs nicht verhindern konnte. Er sah sich moralisch und verfassungspolitisch im Recht, hatte aber Zweifel, ob sein Verhalten vor einer zutiefst werthaft verstandenen dynastischen Legitimität Bestand haben konnte. Die Scheu vor der Krone veranlaßte den 65jährigen, einen persönlichen Weg der Buße auf sich zu nehmen, der es ihm verbot, sich die Königskrone aufs Haupt zu setzen. Seine Tragik bestand darin, daß er durch dieses Verhalten weder der Monarchie in Bayern noch der Rolle Bayerns im Reich nützte, sondern die Kraft beider minderte. Prinz Luitpold gilt als streng konstitutioneller Herrscher. Wenn dies Loyalität zur Verfassung und zu den Gesetzen bedeutet, dann folgt daraus ein zwanghaftes Festhalten an den Persönlichkeiten in Ministerämtern gerade nicht. Die bayerische Verfassungsordnung von 1818 war auf die bewegende Kraft der Dynastie aufgebaut, auch für den Regenten bestand Handlungsbedarf. Wenn Prinz Luitpold diesen Rahmen nicht beanspruchte oder ausfüllte, bedeutete dies, daß einerseits die Verfassungsinstitution des Gesamtstaatsministeriums ein Übergewicht erlangte, da die Berufung und Entlassung der Minister allein vom Monarchen und nicht vom Landtag abhing, andererseits wurde damit die Bedeutung von nicht verfassungsmäßigen Institutionen wie der Geheimkanzlei gesteigert.

### *III. Regierungspolitik und Tendenzen der Demokratisierung*

Der Beginn der Regentschaft Luitpolds stand unter einem unglücklichen Stern. In seiner ablehnenden Antwort auf das Rücktrittsgesuch des Gesamtstaatsministeriums stellte der Prinz die kirchlichen Verhältnisse besonders heraus und verwies darauf, daß er es mit ganz besonderer Freude empfinde, daß die „höchste katholische kirchliche Autorität die vollkommene Befriedigung über die Lage der katholischen Kirche in Bayern“ ausgesprochen habe. Diese Äußerung gegenüber Minister von Lutz als einem der schärfsten und exponiertesten Befürworter des Kulturkampfes im Reich mußte innerhalb katholischer Kreise allgemeine Empörung auslösen. Die Regentschaft mit einem derartigen Paukenschlag beginnen zu lassen, war nicht besonders klug. Die Berater des Regenten mußten wissen, daß es als Ironie anmutete, wenn im Zusammenhang mit dem Schutz der Religion und



der Wahrung des Friedens unter den Konfessionen auf die „Erfolge der Regierung“ hingewiesen wurde – dies bei anhaltendem Kulturkampf.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten, zwar nicht von seiten der Bischöfe, aber von katholischen Laien unter Führung des Fürsten Karl zu Löwenstein. Sie wurden in Rom vorstellig und drängten auf eine Interpretation der päpstlichen Äußerungen. Nachdem Leo XIII. am 23. Mai 1887 den Kulturkampf auf Reichsebene für beendet erklärt hatte, korrigierte er seine Haltung in der bayerischen Kirchenfrage. Der Papst forderte in der Enzyklika „Officio Sanctissimo“ an die Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns vom 22. Dezember 1887 Verbesserungen der Lage der katholischen Kirche, da die bayerische Regierung bisher ihren Verpflichtungen aus dem Konkordat von 1817 nicht nachgekommen sei. Der Regent nahm den Standpunkt seines Ministeriums ein. Die Bischöfe zögerten. Aber die öffentliche Diskussion, an der sich vor allem auch Freiherr von Franckenstein beteiligte, drängte die bayerischen Bischöfe, obwohl sie sich darüber nicht einig waren, zu einer offiziellen Eingabe an den Regenten. Zwei Gruppen standen sich auf der Bischofskonferenz gegenüber. Die eine unter der Führung des Bischofs von Regensburg, Senestrey, wünschte eine schärfere Gangart und die andere unter der Führung des Erzbischofs von München-Freising, Steichele, nahm eine abwartende Haltung ein. Das Ergebnis war ein sehr gemäßigtes Memorandum vom 8. November 1888. Dennoch wurde das Ansinnen zurückgewiesen, abgesehen von einigen untergeordneten Punkten. Der Regent sprach in einem Signat Minister von Lutz seine „vollste Anerkennung“ aus. Lutz ging es um die Wirkung in der Öffentlichkeit. Er übergab das Signat des Regenten ohne sonstigen ersichtlichen Grund der Presse. Prinz Luitpold wurde zwar exponiert, aber weder die katholische Öffentlichkeit war zu beruhigen, noch Leo XIII. gab sich zufrieden. Das nun ebenfalls veröffentlichte päpstliche Breve an den Erzbischof von München-Freising vom 29. April 1889 setzte nach dem Scheitern der bischöflichen Initiative Hoffnung auf „die allseitigen Bemühungen der Gläubigen“. Dieser Appell an das katholische Volk führte zu einer Politisierung der öffentlichen Diskussion, wobei es längst nicht mehr nur um kirchliche Fragen, sondern ebenso um soziale und politische Veränderungen ging.

Die Entwicklung trug dazu bei, daß sich die Bayerische Patriotenpartei, die sich nun Bayerische Zentrumspartei nannte, mehr und mehr von einer Honoratioren- zu einer Massenpartei wandelte und daß sich das katholische Volk zu Wort meldete, so bereits im Sommer 1887 auf einem Katholikentag in der Pfalz und schließlich im Herbst desselben Jahres auf einem bayerischen Katholikentag in München. Die veröffentlichten Äußerungen des Regenten wurden als Parteinahme für eine bestimmte politische Richtung im Lande ausgelegt. Die einflußreichen „Historisch-Politischen Blätter für das katholische Deutschland“ sahen in dieser einseitigen Festlegung des Regenten eine Gefahr, die „die Regentschaft selbst in die Verlegenheit verwickeln würde“.

Die Volksbewegung stärkte den kritischen Flügel innerhalb der Bayerischen Zentrumspartei. Die Landtagsfraktion nahm die Gedanken, die ihre führenden Männer auf dem Katholikentag geäußert hatten, auf und brachte drei Anträge vor das Parlament: Das Placetum Regium sollte auf die Glaubens- und Sittenlehre keine Anwendung mehr finden; die Altkatholiken sollten als eine von der katholischen Kirche unterschiedene Religionsgemeinschaft gelten, was vor allem für die Personalpolitik Konsequenzen hatte; schließlich sollte das Jesuitenverbot nicht mehr auf die Kongregation der Redemptoristen angewendet werden. Die Opposition als Mehrheitspartei stand geschlossen hinter diesen Anträgen, die eher moderat waren und die Regierung keineswegs auf den Weg der Selbstaufgabe geführt hätten. Aber die Gegensätze lagen tiefer und standen sich unversöhnlich gegenüber. Die Anträge wurden erwartungsgemäß in der Kammer der Abgeordneten alle angenommen. Lutz fürchtete familiäre Einflüsse auf den Regenten. Der Chef der Geheimkanzlei, Freyschlag, suchte einer Annahme der Anträge in der Kammer der Reichsräte vorzubeugen. Er untersagte eine Audienz des päpstlichen Nuntius Agliardi mit der einflußreichen Schwester des Regenten, Adelgunde von Modena, und erklärte Prinz Ludwig, dem Sohn Luitpolds, daß die kirchenpolitische Angelegenheit für den Regenten „eine persönliche“ sei und daß deshalb „ein Eintreten für die ultramontanen Anträge . . . einen unheilbaren Riß zwischen Vater und Sohn herbeiführen“ könne, und Freyschlag fügte hinzu, daß es das Beste sei, „wenn die Anträge im Reichsrat begraben würden“. All das blieb nicht geheim, und es waren in der Presse Forderungen zu lesen, daß „das Oberhaupt des Staates . . . über den Parteien“ zu stehen habe und daß Sanktionen für jene notwendig seien, die das Staatsoberhaupt in eine Parteiabhängigkeit brächten.

Die öffentlichen Auseinandersetzungen und der Tod Ignaz von Döllingers am 10. Januar 1890, der als Stiftspropst von St. Kajetan im Falle der Anerkennung der Altkatholiken als eigene Kirchengemeinschaft sein Amt hätte aufgeben müssen, führten schließlich dazu, daß die Kammer der Reichsräte den Antrag bezüglich des Placetums Regium ablehnte, aber die Verbannung der Redemptoristen aufhob, ebenso bestimmte, daß die Altkatholiken von nun an eine eigene Kirchengemeinschaft waren. Der Vollzug des Altkatholikenantrages zog sich bis Ende 1891 hin und der auf Rückberufung der Redemptoristen bis 1894. Die Rolle des Prinzen Ludwig wurde von der Zentrumspresse groß herausgestellt, und manche dachten daran, daß der Vater zugunsten des Sohnes abdanken solle. Freyschlag sprach davon, daß es nicht gelingen werde, den Prinzregenten „wegzuärgern“. So beruhigte der kirchenpolitische Kompromiß die Gemüter nicht über den Tag hinaus.

Fürst Löwenstein und Zentrumsführer Windthorst wollten auf Wunsch der bayerischen katholischen Bewegung den deutschen Katholikentag 1890 in München abhalten. Aus der Erfahrung des Jahres zuvor gedachten dies Regierung und Geheimkanzlei mit allen Mitteln zu verhindern. Es gelang durch eine Schaukelpolitik des Erzbischofs von München-Freising Thoma. Die Geheimkantz-

lei ließ ein ultimatives Handschreiben des Regenten am 15. Mai 1890 an den Erzbischof gelangen. Es erging ohne Gegenzeichnung eines Ministers. Damit wurde nicht nur die Verfassung umgangen, sondern Prinz Luitpold in nicht überbietbarer Weise exponiert, was der Zentrumshistoriograph Karl Bachem als „eine Art politischen Staatsstreiches, mehr gewaltsam als geistreich“ bezeichnete. Da der Regent nun persönlich im Schußfeld stand, blieb keine andere Möglichkeit, als den deutschen Katholikentag in München abzusagen.

Die Beschlüsse in Kirchenfragen und die Katholikentagsbewegung brachten keine Beruhigung, wie es sich der Regent wünschte. Die Regierung konnte mit Hilfe der Geheimkanzlei ihre Stellung behaupten, aber unter schwieriger werdenden Bedingungen. Die Opposition sammelte sich und wurde stärker. Die gegensätzlichen Auffassungen prallten in der öffentlichen Diskussion aufeinander. Die Gewichte verschoben sich zugunsten der stärksten politisch-parlamentarischen Kraft, der Zentrumspartei, und die integrierende Kraft des staatstragenden Establishments ließ nach. Dies führte zu einer Umformung bisher geltender Fronten. Nach Rücktritt und Tod Johann von Lutz' 1890 hielten die Minister Freiherr von Crailsheim und Ludwig August von Müller am bayerischen Staatskirchenrecht nach wie vor fest, aber die Personalpolitik bei der Besetzung vakanter bayerischer Bischofstühle und verfügbarer kirchlicher Pfründen wurde zum Mittel gesellschaftspolitischer Positionskämpfe. Hier gab es keinerlei Kompromisse und es wurde auch auf kirchliche Belange keine Rücksicht genommen. Allein die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit der Regierung und ihre politische Unterstützung war das Kriterium. Soziale Gemeinsamkeiten durchschnitten geistige Barrieren. Katholische Bürger gewannen über Presseorgane Einfluß auf die öffentliche Meinung und nahmen unterschiedliche Haltungen zur Durchsetzung der katholischen Sache ein. Aus diesem Umfeld entwickelten katholische Gelehrte unter Mithilfe einer aktiven liberalen Hofgeistlichkeit die Bewegung des Reformkatholizismus, der nicht nur einen Ausgleich mit dem liberalen Bürgertum erstrebte, sondern auch an eine Integration des politischen Katholizismus in das Wilhelminische Reich dachte.

Diesen Veränderungen liegt ein tiefgreifender Wandel der wirtschaftlichen Lage und der Reichspolitik zugrunde. Die Krise der bayerischen Landwirtschaft der 80er und 90er Jahre wurde durch eine die bayerische Landwirtschaft benachteiligende Tarif- und Handelspolitik verschärft. Die Interessen des Wirtschaftsbürgertums hatten Vorrang. Die zweite große Industrialisierungswelle im Reich erlebte Bayern im wesentlichen nur als eine Verbesserung seiner Infrastruktur und Energieausstattung. Gleichzeitig hatten Wissenschaft und Technik an den bayerischen Universitäten ein sehr hohes Niveau. Sieht man von der bayerischen Pfalz ab, fehlte es an einer ausgreifenden Investitionstätigkeit, so daß die Früchte der Innovationen anderen deutschen Regionen zugute kamen. Die liberale Politik der bayerischen Regierung begünstigte zum Teil diese Scherenwirkung. Die Schwächung Bayerns im Reich läßt sich auch am geringen Einfluß auf wichtige Gesetzgebungswerke



ablesen, so bei der Einführung der Reichsmilitärstrafrichtsordnung, verabschiedet 1898. Das fortschrittliche bayerische Militärstrafrecht von 1869 wurde auf die militaristisch-preußischen Normen zurückgeführt. Die persönliche Initiative des Prinzregenten erschöpfte sich in der kosmetischen Korrektur der Einführung eines bayerischen Senats am Militärgerichtshof in Berlin. Die wachsende Unzufriedenheit mit dem Wilhelminischen System und mit der bayerischen Regierungspolitik verbreiterte die Grundlagen der Opposition. Bauernbund und Sozialdemokratie wurden seit 1893 auch im Landtag zu wichtigen politischen Kräften. Damit einher ging die Schwächung der liberalen Parteien. Bayerisches Zentrum und Sozialdemokratie setzten, vorbereitet durch die Wahlbündnisse von 1899 und 1905, das neue Landtagswahlgesetz von 1906 und die neue Gemeindewahlordnung von 1908 durch. Beide Gesetze stärkten die großen Oppositionsparteien und kosteten den Liberalen wichtige Machtpositionen. Diese Demokratisierung des politischen Lebens führte aber nicht zu einer Verfassungsreform. Im Zuge der Veränderungen kam es lediglich zu einigen Korrekturen im staatlichen Machtgefüge. Mit dem Rat des seit 1900 amtierenden Chefs der Geheimkanzlei Peter von Wiedenmann reformierte Prinzregent Luitpold 1902 den Ministerrat. Die Kollegialität des Gremiums wurde aufgehoben und ein Vorsitzender mit Leitungsfunktionen bestellt. Schließlich fielen mit der Entlassung der Minister von Crailsheim 1903 und von Feilitzsch 1907 Säulen des gouvernementalen Nationalliberalismus.

Zu einer Änderung des Systems kam es nicht. Dies mag verwundern, da im Falle einer Verfassungsreform keine der Parteien, auch nicht die Sozialdemokraten, die Monarchie in Frage gestellt hätte. Alle mit Ausnahme des Regierungslagers sahen als Haupthindernis einer ausgreifenden Politik die zu lange dauernde Regentschaft an. Seit dem 70. Geburtstag Luitpolds 1891 wurden von Zeit zu Zeit in der Öffentlichkeit, im Landtag und von Staatsrechtslehrern verschiedene Modelle zur Beendigung dieses Zustandes diskutiert. Ohne Erfolg, die Sachfrage war von untergeordneter Bedeutung, politisch war es nicht opportun. Sowohl die liberale bayerische Regierung als auch Kaiser und Reich konnten an einer schwachen Monarchie in Bayern interessiert sein. Jedenfalls ging weder von seiten der Geheimkanzlei noch von seiten der Minister eine Initiative aus. Von Prinz Ludwig, dem Sohn des Regenten, auf den viele ihre Hoffnungen setzten, erwartete man einen Regierungswechsel. Bemerkenswert ist, daß zu den Zeiten, in denen am meisten über eine Beendigung der Regentschaft diskutiert wurde, jeweils Gerüchte und Skandalberichte über das bayerische Königshaus auftauchten. Stoff gab es über Indiskretionen bezüglich der Eigenheiten Ludwigs II. und seiner Dotation aus dem Welfenfonds genug. Unter diesen Vorzeichen war es weder möglich noch zumutbar, daß Prinzregent Luitpold gleichsam in eigener Sache politische Zeichen setzte. Selbst für einen starken Regenten wäre es ein riskantes Spiel gewesen.

Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit klafften auseinander. Ein beschränktes Verfassungsverständnis verhinderte eine kreative Weiterentwicklung der politischen Gesellschaft im Rahmen des Staates. Nicht die Monarchie, die



lautere Persönlichkeit des Prinzregenten Luitpold wurde zum Symbol des Ausgleichs und der Stabilität. Der Nachfolger Crailsheims, Klemens Graf von Podewils-Dürniz, ein gemäßigter Politiker, gestaltete das Regierungssystem zu einer Art Symbiose zwischen Regierungslager und den führenden Persönlichkeiten aller Landtagsparteien, einschließlich der Sozialdemokraten. Ludwig Thoma geißelte dieses System, das vordergründig eine so große Ruhe ausstrahlte. 1912 berief Prinzregent Luitpold den Zentrumsführer Georg Hertling zum Ministerpräsidenten. Keine Neuverteilung der politischen Gewichte war beabsichtigt, eher eine Bestätigung der Politik Podewils'.

Dieser Zeit der schwebenden Verhältnisse und der unausgetragenen Konflikte nur Nachteile abzugewinnen, wäre ungerecht. Sie ermöglichte in Bayern Freiräume für eine politische Freiheit, die Voraussetzung für die kulturelle Blüte dieser Spätzeit wurde.

#### *IV. Prinzregent Luitpold und die Liberalität Bayerns*

Am 5. Januar 1887 feierten die Münchener Künstlerschaft, die Akademie der Bildenden Künste und der Bayerische Kunstgewerbeverein zu Ehren des Prinzregenten ein prächtiges Fest mit großem Umzug. Unter Ovationen ließ er sich als „Schutzherr der Künste“ feiern und nahm das Protektorat an. Künstler und Wissenschaftler lud er zur Tafel und war ein gern gesehener Gast in Ateliers und Ausstellungen. Luitpold schlug nicht wie sein Vater Ludwig I. den großen Bogen von Kunst und Wissenschaft zu Religion und Politik. Ihm ging es viel bescheidener darum, die Kreise des künstlerischen und wissenschaftlichen Lebens in der Weise zu beeinflussen, daß die Kräfte der Tradition sich in einer vernünftigen Form mit jenen des Fortschritts verbanden. In weit gespannter Toleranz gewährte er seinen Schutz Kunst und Wissenschaften im allgemeinen, Förderung aber ließ er nur jenen Kräften zuteil werden, die sein herrscherliches und gesellschaftliches Selbstverständnis entgegenkommend berührten. Das menschliche Leben hatte sich verändert. Das Individuum fühlte sich in einer auffächernden Gesellschaft verschiedenen Lebenskreisen zugeordnet. Das Bewußtsein des Wandels, der Unsicherheit führte zu Erregungszuständen, die den fruchtbaren Boden für eine künstlerische Revolution bildeten. Das Kunstleben erfaßte das ganze Leben, etablierte Kunst, städtische Massenkultur, Volkssänger, Kleinkunst, Kabarett, Schwabinger Bohème, Heimat- und Volkskunst.

Es fehlten die großen anerkannten Zeitideen. Für Prinz Luitpold konnte Kunstförderung nur Mäzenatentum und Kunstpflege sein. Aber gerade dieses Fehlen kunstpoltischer Vorgaben liebten Künstler und Wissenschaftler am Regenten. Er personifizierte Ausgewogenheit und Stabilität. Die Freiheit der Münchener Luft war Gewähr und Gehalt der vielbeschworenen Liberalitas Bavarica der Jahrhundertwende. Den gesellschaftspolitischen Anspruch, die Repräsentation von Hof und Monarchie, nahmen die Künstler gerne hin und

sonnten sich im Talmiglanz einer für sie heilen Welt. Sie hatten Respekt vor dem religiösen Lebensstil Luitpolds und begriffen die öffentliche Feier des katholischen Kirchenjahres als Ausdruck seiner Frömmigkeit und als Selbstdarstellung der Monarchie vor dem Volk. Die großen Künstler waren Leitfiguren, kamen zu Reichtum und Ehren; die hochgestellten Persönlichkeiten pflegten mit ihnen vertrauten Umgang. Die Malerfürsten Franz von Lenbach, Franz von Stuck und Fritz August von Kaulbach legten mit der Autorität, die die Nähe zum Regenten verlieh, den offiziellen Stil im Geschmack der gehobenen Gesellschaft fest. Max Slevogt, Jagdbegleiter des Regenten und deutscher Impressionist, konnte es sich leisten, mit seinem Bild „Danae“ 1899 die etablierte Münchener Kunstwelt zu provozieren. Max Littmann erbaute das Prinzregententheater, auch wenn damit die Aussöhnung des Regenten mit den selbsternannten Erben Ludwigs II. und Richard Wagners nicht gelang. Zusammen mit Friedrich von Thiersch gestaltete er die Prinzregentenstraße. Im Gegensatz zur bürgerlichen Charme und bürgerliches Selbstbewußtsein ausstrahlenden Maximilianstraße atmete diese nördliche Stadtrand-Parkstraße einen großbürgerlich-aristokratischen Geist. Selbst für die progressiven Maler der „Sezession“ 1892 war München der Inbegriff der Künstlerfreiheit. Berlin konnte im Wettbewerb mühelos ausgestochen werden; eine deutsche Reichskultur gab es nicht. Der Regent lud Stuck, Uhde und Dill bald zur Tafel, stellte ihnen das offiziöse Ausstellungsgebäude am Königsplatz zur Verfügung und gratulierte dem großen Förderer der „Progressiven“, Georg Hirth, zur Gründung der Zeitschrift „Jugend“ 1896. Es kam zu keiner einseitigen Bevorzugung modernistischer Kultur, das bürgerliche Bewußtsein Münchens war zu sehr von Kunst und Kunstfertigkeit geprägt, aber es kam zu einer Verbindungslinie zu „Scholle“, „Bauhaus“, „Werkbund“ und „Blauem Reiter“.

München und Bayern erlebten in der Prinzregentenzeit eine Spätblüte. Nicht mit der Kraft seines Vaters Ludwig I. drückte Luitpold seiner Epoche den kulturellen Stempel auf. Es wäre nicht mehr vorstellbar gewesen. Aber er ermöglichte die Atmosphäre, die der Prinzregentenzeit jene Menschlichkeit der kulturellen Vielfalt verlieh, welche auch politische und soziale Spannungen weniger scharf erscheinen ließ. Anziehungskraft und träumerische Verehrung seines Landes und seiner Haupt- und Residenzstadt waren Lohn dieses Bemühens. Die finsternen Propheten, die aus dem ambivalenten, widersprüchlichen Verhältnis von geistig-kulturellem Leben und politischer Kultur ein eher düsteres Zukunftsbild malten, wurden nicht ernst genommen. Die Spätzeit ist verliebt in den Tanz auf dem Vulkan.

Prinzregent Luitpold starb in der Residenz am Donnerstag, dem 12. Dezember 1912 um 4 Uhr und 50 Minuten morgens. Er ruht in der Fürstengruft der Theatinerkirche zu München. Sein Wahlspruch war „In Treue fest“.

*Quellen u. Literatur:* Stenographische Berichte der Bayerischen Kammer der Abgeordneten. – Protokolle der Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern. – Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland, München 1880 ff. – M. Seydel, Bayerisches Staatsrecht, Sieben Bände, München 1884–1894. – H. Reidelbach, 90 Jahre „In Treue fest“. Festschrift zum 90. Geburtstag und 25. Regierungsjubiläum des Prinzregenten Luitpold von Bayern, München 1911. – M. Seydel – R. Piloty, Bayerisches Staatsrecht. Die Staatsverfassung, Tübingen 1913. – K. Bachem, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, 1815–1914, 9 Bände, Köln 1927–1932. – K. A. von Müller, Aus Gärten der Vergangenheit. Erinnerungen 1882–1914, Stuttgart 1951. – Ders., Am Rande der Geschichte. Münchener Begegnungen und Gestalten, München 1958. – L. Schrott, Der Prinzregent. Ein Lebensbild aus Stimmen seiner Zeit, München 1962. – A. Schnorbus, Arbeit und Sozialordnung in Bayern vor dem Ersten Weltkrieg 1890–1914 (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 19), München 1969. – R. Keßler, Heinrich Held als Parlamentarier (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Band 6), Berlin 1971. – K. Möckl, Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern, München–Wien 1972. – G. Huber, Das klassische Schwabing. München als Zentrum der intellektuellen Zeit- und Gesellschaftskritik an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 37), München 1973. – L. M. Schneider, Die populäre Kritik an Staat und Gesellschaft in München 1886–1914 (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 61), München 1975. – M. Körner, Staat und Kirche in Bayern 1886–1918 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen, Band 20), Mainz 1977. – M. Spindler, Hg., Handbuch der bayerischen Geschichte, Band IV, 1, 2, München 1979 (verbesserter Nachdruck). – H. D. Denk, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B: Forschungen Band 29), Mainz 1980. – F. Prinz, Gestalten und Wege bayerischer Geschichte, München 1982. – A. Kraus, Geschichte Bayerns, München 1983. – P. Jelavich, Munich and Theatrical Modernism. Politics, Playwriting, and Performance 1890–1914, Cambridge, Mass. – London 1985. – K. Möckl, Hof und Hofgesellschaft in Bayern in der Prinzregentenzeit, in: Hof, Kultur und Politik im 19. Jahrhundert, hg. von K. F. Werner (Pariser Historische Studien, Bd. 21), Bonn 1985, 183–235. – E. Jüngling, Streiks in Bayern 1889–1914 (Miscellanea Bavarica Monacensia, Heft 126), München 1986.